

51 Prozent

Ivanka Trump und der Perwoll-Feminismus



Nicole Althaus

Wie elegant Doppelbelastung doch aussehen kann: Das Kleid sitzt perfekt, Ivankas langes blondes Haar harmoniert mit ihrem Alabasterstein, dem beigen Bürostuhl, auf dem sie sitzt, und dem Outfit von Söhnchen Theodor auf ihrem Schoss. Selbst der weisse Stift in der perfekt manikürten Hand ist farblich assortiert. Mit diesem Bild bedankte sich die Tochter des designierten US-Präsidenten auf Instagram für die Unterstützung ihrer Kampagne «Women Who Work». Im dazugehörigen Video auf ihrer Website lässt sie die Welt wissen, dass ihr Alltag zuweilen hektisch sei, sie jedoch jeden Abend mit dem Wissen nach Hause komme, dass Mann und Kinder sie liebten. Was aus Ivankas hübschem Mund kommt, ist so geschmeidig austariert, dass vom Konflikt Kind und Karriere nur noch ihr figurbetontes Kleid in Erinnerung bleibt. Das kann man sich übrigens auf der Website gleich in den Warenkorb laden. So geschäftstüchtig und porentief rein war Feminismus noch nie.

Niemand hatte im November 2014, als die Tochter Trumps diese Kampagne lancierte

und sich von einer halbprivaten Person mit Job und Familie in eine pseudo-emanzipatorische Modemarke verwandelte, damit gerechnet, dass ihr dereinst die Rolle zufallen würde, die geschmacklosen Entgleisungen ihres Vaters weizuspülen. Der Perwoll-Feminismus ist zwar keine Erfindung des amerikanischen Wahlkampfs, doch so konsequent wurde er noch nie eingesetzt. Ivanka Trump ist der personifizierte Höhepunkt der Lifestylisierung der Frauenbewegung, die bereits in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts begonnen hatte.

Am Anfang dieser Bewegung stand die sogenannte Powerfrau. Der Dienstleistungssektor blühte, die Erwerbsquote stieg, das bürgerliche, durch Stand und Gemeinschaft geprägte Subjekt wurde endgültig vom Individuum abgelöst, das sich selbst verwirklichte und dem Diktat der Leistung unterwarf. Plötzlich waren sie überall, die neuen selbstbestimmten Frauen, emsig folgten sie in den neunziger Jahren den Geboten körperlicher und geistiger Mobilmachung, formten ihre Figur in der Mittagspause zu einem Hardbody und bildeten sich abends irgendwo weiter. Die Powerfrau war die Werbotschaft, welche Emanzipation in eine harmlose Lifestyle-Option verwandelte. Seither ist jede Frau eine Feministin, die den Begriff «freie Wahl» richtig anwenden kann. In Hollywood gehört das Label heute zum Savoir-vivre.

Kein Wunder, hat nach der Wirtschaft auch die Politik die Verführungskraft dieser Emanzipation light entdeckt. Sarah Palin war



Es ist kein Zufall, dass die Parteien am rechten Rand, die überall in Europa auf dem Vormarsch sind, immer häufiger von Frauen angeführt werden.

die erste Politikerin, die begriff, dass man damit nicht nur Körpercreme und Botox verkaufen kann, sondern auch die Botschaften eingefleischter Abtreibungsgegner. Mit dem Bild der kampfbereiten Mama Grizzly mobilisierte sie 2010 konservative Frauen für die Tea-Party-Bewegung.

Tatsächlich zeigen Umfragen der französischen Politikwissenschaftlerin Nonna Mayer, dass ein weibliches Gesicht an der Spitze rechtspopulistischer Bewegungen auf die Wähler und Wählerinnen wie ein Weichzeichner wirkt. Es ist kein Zufall, dass die Parteien am rechten Rand, die überall in Europa auf dem Vormarsch sind, immer häufiger von Frauen angeführt werden: Da sind Marine Le Pen und ihre Nichte Marion an der Spitze des Front national in Frankreich, die deutsche AfD-Chefin Frauke Petry, Siv Jensen, die Finanzministerin Norwegens und Vorsitzende der rechtspopulistischen Fortschrittspartei. Oder die Ex-Miss-Belgique Anke Van dermeersch, die für die rechtsextreme Vlaams Belang im Parlament sitzt und sich in Highheels von Louboutin und mit feministischen Parolen gegen die Islamisierung des Landes stemmt. Für sie alle ist Emanzipation keine Haltung mehr. Sie ist nur mehr eine modische Attitüde, die sie sich zulegen, um den rückwärtsgewandten und im Kern oft frauenfeindlichen Kurs ihrer Partei fortschrittlich erscheinen zu lassen und mehrheitsfähig zu machen.

Nicole Althaus ist stellvertretende Chefredaktorin der «NZZ am Sonntag».

Alles, was Recht ist

Unwichtiges wie Unzucht oder Betrug



Markus Felber

Einzelne Gerichte in diesem Land tun sich noch immer sehr schwer im Umgang mit Medien und Öffentlichkeit. Ein Wundermittel gegen arrogante Geheimniskrämerie gibt es nicht, aber wenigstens eine gute alte Hausmedizin gegen den damit verbundenen Ärger. Das Rezept heisst: Früher war alles noch schlimmer.

Das musste anno 1967 ein Journalist in Luzern erfahren, der vom Kriminalgericht Schwyz über anstehende öffentliche Gerichtsverhandlungen informiert werden wollte. «Ohne Ihnen nahetreten zu wollen oder Ihre journalistische Tätigkeit zu kritisieren», beschied ihm der Präsident vorweg auf amtlichem Papier, dass seine letzte Berichterstattung «das Gericht nicht zu befriedigen vermochte», zumal schon der Titel «auf Sensation eingestellt» gewesen sei. Zwar könne er dem Journalisten nicht verbieten, an öffentlichen Verhandlungen teilzunehmen und darüber zu berichten, schrieb der Kriminalgerichtspräsident und setzte an zum grossen Aber: «Dagegen kann ich nicht dazu verpflichtet werden, Ihnen von den zu behandelnden Fällen im Voraus Kenntnis zu geben» Punkt.

Im Übrigen sei Gerichtsberichterstattung «eine sehr heikle Angelegenheit», weshalb die Öffentlichkeit nur von ganz wichtigen Straffällen erfahren sollte. Das Kriminalgericht Schwyz urteilt meist über Unwichtiges wie Unzucht, Diebstahl oder Betrug, aber kaum je über Fälle von öffentlichem Interesse. Und über die «wenigen wirklich interessanten Fälle» werde das Gericht künftig in einem eigenhändig verfassten Bulletin informieren.

Das erinnert den Kolumnisten an das Jahr 1981, als er sich beim eidgenössischen Versicherungsgericht in Luzern akkreditieren lassen wollte. Medienberichte seien weder erwünscht noch nötig, wurde ihm beschieden. Denn jeden Freitagnachmittag verfasste ein Gerichtsschreiber einen Text über ein interessantes Urteil, und der werde via Schweizerische Depeschagentur landesweit verbreitet.

Markus Felber war NZZ-Bundesgerichts-korrespondent.

Die E-Mail-Debatte

«Tun Sie nicht so, als ob Sie ein grosser Ausgabenvermeider wären»

Beide mochten die Worte von Jürg Stahl, beide mögen den Sport. Aber geht es ums Budget, haben Jacqueline Badran und Gregor Rutz kaum mehr Gemeinsamkeiten

Jacqueline Badran

Diese Woche feierten wir das Nationalratspräsidium von Jürg Stahl. Er erwähnte in seiner Rede, dass Menschen mit verschiedensten Funktionen aus Politik, Wirtschaft, Justiz, Militär, Verbänden, Vereinen und Sport anwesend seien. Das gefiel mir sehr und erinnerte mich daran, wie einzigartig wir im Schweizer Miliz- und Konkordanzsystem verschiedene Rollen einnehmen. So wie das Jürg Stahl alias «Tschügge», auch mit viel ehrenamtlichem Engagement, selbst verkörpert. Der umwerfende Auftritt unserer Spitzenkünstlerin im Ratssaal hat das unterstrichen. Einen Tag später haben wir im Rat in der Budgetdebatte nur knapp eine drastische Kürzung bei Jugend und Sport verhindert. Und für den Spitzensport haben wir nichts getan. Im Gegenteil, die Beiträge an die geplanten nationalen Sportzentren werden verzögert und die Kunstturner bekommen vermutlich weniger Geld. Das finde ich äusserst schade.

Gregor Rutz

Mir gefielen die Worte von Jürg Stahl auch, denn das Milizsystem ist die Basis der Eidgenossenschaft. Jeder Bürger leistet Militärdienst, und viele engagieren sich in unzähligen Vereinen und Verbänden. Ehrenamtliche Arbeit ist wichtig für das Funktionieren unseres Gemeinwesens. Leider wird das Verständnis für solche ehrenamtlichen Tätigkeiten in Zeiten des Wohlstands nicht grösser. Das beginnt bei uns selber - schauen wir nur die steigenden Entschädigungen für Parlamentarier an. Ähnlich ist es in anderen Bereichen. Als Gönner verschiedener Sportverbände bin ich der Auffassung, dass Sport sehr wichtig ist. Hier leiste auch ich gerne einen Beitrag. Gerade die Jugendlichen finden in Sportklubs eine sinnvolle Betätigung. Doch Sport ist keine Staatsaufgabe. Darum habe ich gegen die Budgetaufstockungen im Sportbereich gestimmt (es ging nicht um Kürzungen). Wenn sportliche Aktivitäten nur noch mit Staatsgeldern möglich sind, ist es nicht gut.

Debattierer



Jacqueline Badran, 54, ist Nationalrätin der SP aus dem Kanton Zürich. Die Biologin und Ökonomin führt ein eigenes Unternehmen im IT-Bereich.



Gregor Rutz, 44, ist SVP-Nationalrat aus dem Kanton Zürich. Der Jurist ist Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikationsberatung.

Jacqueline Badran

Sie verzerren wieder einmal die Tatsachen. Wir sind das am schlechtesten bezahlte Parlament der Welt. Und wir kennen keine Parteienfinanzierung, was an eine Bananenrepublik erinnert. Unsere direkte Demokratie-Industrie ist allein von ehrenamtlicher Tätigkeit abhängig. Das bevorzugt Milliardärsparteien. Aber zurück zum Thema: Wir haben eine Kürzung verhindert, auch das sagen Sie falsch. Eine Staatsaufgabe ist das, was wir demokratisch als solche definieren. Gibt es jemanden, der Jugend-&Sport-Kurse nicht für enorm wichtig hält und Sport als eine der sinnvollsten Tätigkeiten für Jugendliche ansieht? Aber Breitensport lebt nun einmal von ehrenamtlichen Helfern, dem Einsatz der Eltern und andererseits auch von Staatsbeiträgen. Und wenn wir den Spitzensport finanziell nicht unterstützen, findet der schlicht nicht mehr statt.

Gregor Rutz

Nein, liebe Frau Badran, da liegen Sie falsch. Und nicht unser Milizsystem, sondern die absurden Kontrollgesetze zur Parteienfinanzierung in anderen Staaten sind absurd - eine riesige Bürokratie ohne jede Wirkung! Darum ist das Milizsystem so wertvoll. Selbstverständlich sind gewisse staatliche Beiträge sinnvoll. Aber die gibt es ja schon. Auch die Infrastruktur ist hervorragend - die Schweiz hat tolle Sportanlagen. Was mich stört, ist das stete Wachstum unserer Budgets und das permanente Heraufbeschwören des Weltuntergangs, wenn man einen Budgetposten einmal nicht erhöhen will. Hand aufs Herz: Ist es normal, dass wir jedes Jahr mehr Steuergelder ausgeben? Seit ich politisch tätig bin, steigen die Gesamtausgaben jedes Jahr an - das könnte sich keine Firma leisten!

Jacqueline Badran

Das stimmt. Wir sind aber leidigerweise auch jedes Jahr 80 000 Menschen mehr. Die Ausgaben pro Kopf steigen kaum. Und gerade die Wirtschaft lagert viele Kosten, die sie früher selbst getragen hat, an die Gemein-

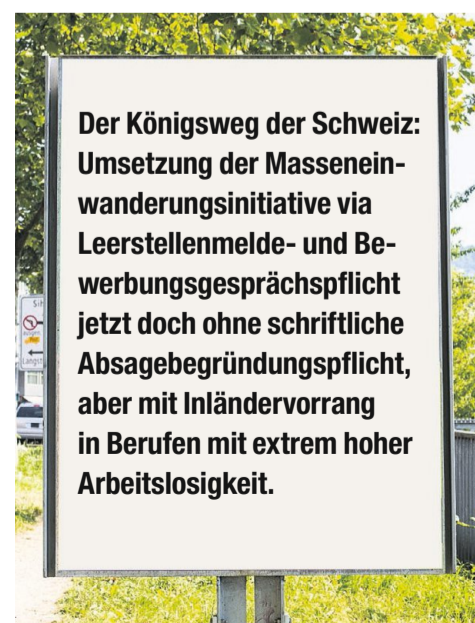
schaft aus. Und tun Sie nicht so, als ob Sie ein grosser Ausgabenvermeider wären. Das ist doch nur für die Sonntagsreden. Militär, Landwirtschaft und Strassen können Ihnen gar nicht genug kosten. Das Gleiche gilt für die Gesetze. Wir wollten diese Woche im Rahmen des Stabilisierungspakets das Risiko-Sportarten-Gesetz abschaffen, welches die Zulassungen für Anbieter von Skischulen, Bergführern oder Rivecrafting regelt. Das haben wir nicht, weil die betroffenen Branchen zu Recht massiv dagegen opponiert hatten. Wir sind auch ein Tourismusland mit einem Schwerpunkt beim Sport. Da müssen wir Qualitätsführer sein, weil wir preislich nicht mithalten können. Und wegen des Binnentourismus müssen wir auch den Breitensport unterstützen. Schon deshalb verstehe ich Ihre Haltung mit der Sportförderung nicht.

Gregor Rutz

Es stimmt, dass wir immer mehr Menschen sind in der Schweiz, über zwei Millionen von ihnen Ausländer. 80 Prozent der Zuzüger arbeiten in Berufen, wo kein Mangel herrscht. Es sind also Leute, welche die Wirtschaft nicht braucht. Darum kämpfe ich für eine ehrliche Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Zweitens: Selbstverständlich bin ich für eine Senkung der Staatsausgaben, und neue Steuern lehne ich aus Prinzip ab. Bei Armee und Landwirtschaft stagnierten die Ausgaben in den letzten Jahren, während überall sonst aufgestockt wurde; dies einfach zur Information. Drittens: Ich habe für die Abschaffung des von Ihnen erwähnten Gesetzes (und auch anderer Gesetze) gestimmt, weil mir die Paragrafenflut Angst macht. Natürlich sind Tourismus und Sport wichtig. Doch es sind da Unternehmergeist und Engagement gefragt, nicht Subventionen und Staatsgelder. Darum haben wir am Schluss auch das Budget abgelehnt. Nicht wie die SP, welche einfach mehr ausgeben wollte, sondern weil wir es nicht unterstützen können, dass die Ausgaben immer mehr ins Uferlose wachsen.

Strittis Schlagzeile

Zur gelungenen Umsetzung der Zuwanderungsinitiative.



Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GKK in Zürich.